

NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung des Schul- und Kulturausschusses Nr. 5/11
am Dienstag, 18.10.2011, ab 17.00 Uhr,
in der Städt. Hauptschule, Lehrerzimmer,
Heinrich-Kamp-Str. 20, 58300 Wetter (Ruhr)

Anwesend sind

- a) als Vorsitzende Frau Wolf-Laberenz
- b) die Ausschussmitglieder Frau Stich, ab 17.55 Uhr, TOP 6
Herr Zinn
Herr Beckmann
Frau Benscheidt
Herr Fröhning, stellv. AM, bis 17.55 Uhr, TOP 6
Herr Pilz, stellv. AM
Frau Müller
Herr Strümper
Herr Wicher
Herr Engels, stellv. AM
Frau Haag
Herr Uebelgünn, stellv. AM
Frau Steinhauer
Herr Holland, stellv. AM
Herr Schäfer, bis 19.33 Uhr, TOP 7
- mit beratender Stimme Frau Akbulut,
Herr Wemper
Frau Lensing
Herr Rosenthal
Frau Maciejewski
Herr Dimastrigiovanni
- c) als Schriftführerin Frau Sabel, FD 2/1
- d) von der Verwaltung Bürgermeister Herr Hasenberg
FBL 1 Herr Wagener
FBL 2 Herr Dr. Thier
- e) als Gäste Herr Meinecke und Herr Müller-Espey, Kulturzentrum
Lichtburg e.V.

Die Ausschussmitglieder Frau Buchholz, Herr Stehl, Frau Haltaufderheide, Frau Struck, Pfarrer Mörchen, Frau Danz und Pastorin Hitzblech nehmen an der Sitzung nicht teil.

Die Sitzung beginnt um 17.08 Uhr und endet um 20.02 Uhr.

AV Frau Wolf-Labrenz begrüßt die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder. Sie stellt fest, dass satzungsgemäß eingeladen wurde und die Tagesordnung fristgerecht allen Mitgliedern zugegangen ist.

Im Anschluss verliest AV Frau Wolf-Labrenz die mit Schreiben vom 10.10.2011 in der Verwaltung eingegangene Beanstandung der Niederschrift zur Sondersitzung des Schul- und Kulturausschusses Nr. 4/11. Sie begründet, warum die Beanstandung der Niederschrift fehlerhaft sei. Sie schlägt der FDP-Fraktion vor eine Protokollnotiz einzureichen, die der Niederschrift beigefügt werden könnte. AM Frau Steinhauer stimmt der Vorgehensweise zu.

Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht geäußert.

Diese Niederschrift umfasst 16 Seiten und 1 Anlage.



Wolf-Labrenz
Ausschussvorsitzende



Sabel
Schriftführerin

Öffentliche Sitzung

SKA 5/11 - 1 - 18.10.2011

Einwohnerfragen

Keine.

SKA 5/11 - 2 - 18.10.2011

Mündlicher Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Kulturdienstleisters Kulturzentrum Lichtburg e.V.

AV Frau Wolf-Laberenz begrüßt die Vertreter des Kulturzentrums Lichtburg e.V. Herrn Meinecke und Herrn Müller-Espey. Sie berichtet, dass die finanzielle Situation unverändert sei. Aktuell erarbeite der Energieversorger AVU eine Berechnung, um nach dem jetzigem Verlauf eine Hochrechnung zu erstellen. Die Zahlen werden nachgereicht. Bei der Beratung sollten auch die gestiegenen Gaspreise berücksichtigt werden.

Stellv. AM Herr Uebelgünn hat bezüglich des Defizits Bedenken. Die durchgeführten Baumaßnahmen sollten nicht zu erhöhten Energiekosten führen. Er fragt, ob das Defizit auch in den nächsten Jahren zu erwarten sei. Desweiteren fehle die Vermögensrechnung.

Stellv. AM Herr Pilz kündigt an, dass die SPD-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen den Antrag stellen wird, einen Zuschuss in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt zu stellen, unter der Bedingung, dass genaue Daten vorgelegt werden.

AV Frau Wolf-Laberenz bedankt sich bei Herrn Meinecke und Herrn Müller-Espey für die Sitzungsteilnahme. Nach diesem TOP verlassen Herr Meinecke und Herr Müller-Espey die Sitzung.

SKA 5/11 - 3 - 18.10.2011

Alfred-Rethel-Preis der Stadt Wetter (Ruhr)

hier: Vergabe des Preises im Jahr 2012

AV Frau Wolf-Laberenz berichtet vom letzten Arbeitskreis im Jahre 2010. Das Ergebnis der Diskussion habe nach wie vor Gültigkeit. Das Konzept wäre in den Grundsätzen zu überdenken. Da in Wetter auch die Schulen künstlerisch sehr aktiv seien, wäre eine Konzeption in dieser Richtung auch denkbar. Jetzt wäre die Beratung notwendig, ob der Alfred-Rethel-Preis überhaupt noch vergeben oder die Vergabe noch einmal verschoben werden soll.

AM Frau Steinhauer merkt an, dass die FDP-Fraktion Initiator des Preises war, aber die Problematik gesehen werden. Das Konzept sollte überdacht werden. Die FDP-Fraktion wäre mit beiden Lösungen, den Preis nicht mehr zu geben oder auszusetzen, einverstanden. Ggf. sollte der Preis als Erinnerungsposten erhalten bleiben. Möglich wäre auch die Förderung junger Künstler.

Wenn der Bedarf noch vorhanden wäre, würde die CDU-Fraktion nach Auskunft von AM Frau Müller den Preis weiterhin vergeben. Jedoch gibt sie zu Bedenken, dass in der Verwaltung keine Kultursachbearbeiterstelle mehr vorgehalten würde, um die umfangreichen Arbeiten zu begleiten. Sie fragt, ob die Verwaltung dies leisten kann.

Beantwortet wird diese Frage von FBL 2 Dr. Thier dahingehend, dass der Stellenabbau in der Verwaltung im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung an den Kulturdienstleister stünde. Die damalige halbe Stelle der Kultursachbearbeitung sei durch die Übertragung weggefallen.

AM Frau Haag sieht zwar einen Bedarf der Preisvergabe. Aber wenn die Gesamtheit objektiv betrachtet würde, dass das Interesse nicht so groß sei, keine Kapazitäten in der Verwaltung vorhanden seien und ein defizitärer Haushalt bestünde, sollte der Preis nicht mehr vergeben werden.

AM Herrn Zinn plädiert für eine Verschiebung und eine neue Konzepterstellung mit ehrenamtlicher Begleitung.

AM Herr Holland hält den Vorschlag, den Personalabbau mit Ehrenamtstätigkeit zu ersetzen, als arbeitsrechtlich falsches Signal an die Öffentlichkeit.

AV Frau Wolf-Laberenz merkt an, dass der Preis generell unterfinanziert sei, da nicht nur das Preisgeld, sondern beispielsweise auch die Ausführung und Präsentation Mittel fordere. Ein städtischer Preis wäre jedoch ein Imagegewinn. Zudem gäbe es interessierte Vereine, die die Stadt unterstützen könnten, z. B. bei der Akquise.

AM Herr Holland plädiert dafür, eine Stelle in der Verwaltung zu schaffen.

FBL 1 Herr Wagener informiert den Ausschuss, dass in 2012 und 2015 die Mittel veranschlagt wurden.

Im Anschluss an die Diskussion lässt AV Frau Wolf-Laberenz über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Es wird beschlossen, dass die Stadt Wetter (Ruhr) den Alfred-Rethel-Preis zukünftig nicht mehr ausschreibt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

SKA 5/11 - 4 - 18.10.2011

**Änderung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei
-Drucksache-Nr. 50/11-**

AV Frau Wolf-Labrenz verliest die Verwaltungsvorlage.

AM Herr Strümper erklärt für die CDU-Fraktion die grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage. Die CDU-Fraktion schlägt jedoch vor, in der Benutzungsordnung den Begriff Wii-Spiele durch Konsolenspiele zu ersetzen.

AM Frau Steinhauer schlägt vor, statt Wii-Spiele die Bezeichnung Spielesoftware zu gebrauchen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, statt Wii-Spiele die Bezeichnung Spielesoftware in der Benutzungsordnung zu verwenden.

AV Frau Wolf-Labrenz über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen:

In der Benutzungsordnung ist anstelle des Begriffs Wii-Spiele die Bezeichnung Spielesoftware aufzunehmen. Die als Anlage beigefügte 7. Änderungssatzung der Benutzungsordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

SKA 5/11 - 5 - 18.10.2011

Statistik der aktuellen Schulabschlüsse bzw. Nichtabschlüsse der Schülerinnen und Schüler der Städt. Hauptschule, der Städt. Realschule sowie des Geschwister-Scholl-Gymnasiums des Schuljahres 2010/2011

AV Frau Wolf-Labrenz stellt die Verwaltungsvorlage vor.

Herr Wemper merkt an, dass die Anzahl der mittleren Schulabschlüsse erfreulich hoch sei. Er fragt, wie viele Schüler tatsächlich an der Oberstufe aufgenommen wurden.

Hierzu erklärt Herr Rosenthal als Schulleiter der Hauptschule, dass 6 Hauptschüler nicht zum Gymnasium, sondern zur Gesamtschule wechselten.

Für den Integrationsrat wünscht AM Herr Wicher eine verfeinerte Statistik mit der Angabe des Migrationshintergrundes vor.

Hierzu erbittet FBL 2 Herr Dr. Thier die Definition für den Begriff Migrationshintergrund.

Die Darstellung des Migrationshintergrundes ist aus Sicht von Herrn Rosenthal nicht ohne weiteres zu erfüllen, da hierzu umfangreiche Abfragen bei den Eltern erfolgen müssten.

Bürgermeister Herr Hasenberg hinterfragt die Verwendung der statischen Angaben, da sie mit viel Aufwand betrieben werden müsste.

AM Herr Wicher ergänzt seine Äußerung dahingehend, dass hieraus ein Handlungsbedarf abgeleitet werden sollte.

Am Ende der Diskussion stellt AV Frau-Wolf-Labrenz fest, dass eine weitergehende Ausführung der Statistik nicht gefordert wird. Die Vorlage der Verwaltung wird zu Kenntnis genommen.

Schülerdatenerhebung und regelmäßige Berichterstattung im Schul- und Kulturausschuss

hier: Antrag des Vertreters des Behindertenbeirates vom 14.06.2011

AV Frau Wolf-Labrenz stellt die Verwaltungsvorlage zur Diskussion.

Herr Dimastrigiovanni hinterfragt, ob die Bemerkung des Geschwister-Scholl-Gymnasiums als Zustimmung gewertet werden kann. Der anwesende Schulleiter Herr Becker bejaht dies.

Nach Kenntnis von AM Frau Steinhauer bedeute diese Datenerhebung teilweise für die Schulen ein großer Aufwand. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sei verpflichtend. Die Nachfrage der Ablehnungsgründe erscheint ihr als eine Stigmatisierung. Behinderte sollten gleichwertige Partner in den Schulen sein. Alle Schulen bemühten sich, behinderte Kinder aufzunehmen, sofern dies möglich sei.

Für stellv. AM Frau Haag ist die Anfrage sinnvoll, um interessante Informationen erhalten.

Die Notwendigkeit der Datenerhebung sieht stellv. AM Herr Holland nicht, da die Schulverwaltung wisse, wie barrierefrei die Schulen seien.

Herr Dimastrigiovanni konkretisiert seinen Antrag. Zielsetzung war nicht die Stigmatisierung, sondern ein Gesamtbild des Bedarfes zu erhalten und alle Schulen barrierefrei zu bekommen. Wenn eine Ablehnung aus privaten Gründen erfolge, dann könnte die Angabe anonymisiert werden. Es geht um Gründe der politischen Relevanz und um das Thema Inklusion.

AM Frau Haag ergänzt, dass die Informationen eine Grundlage für vernünftige Entscheidungen seien. Behinderung bedeute nicht nur körperliche Behinderung, sondern es könnte auch eine Gehörlosigkeit sein, daher sei eine Clusteranalyse notwendig.

Stellv. AM Herr Holland weist darauf hin, dass grundsätzlich eine Ablehnung aufgrund der bestehenden schulrechtlichen Vorschriften nicht möglich sei. Es bestünde eine Verpflichtung zur Beschulung.

AM Herr Zinn schlägt vor, dass die Schulen im engen Dialog mit der Verwaltung bei einem Ablehnungsgrund aufgrund der baulichen Gegebenheiten die Informationen an die Verwaltung geben.

AM Frau Steinhauer hat große Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und des Arbeitsaufwandes.

FBL 2 Herr Dr. Thier berichtet, dass die Verwaltung die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent in der Zusammenarbeit mit Eltern und Schulleitung umsetze. Der Verwaltung seien derzeit keine abgelehnten Schulaufnahmen bekannt. Im Gymnasium, in der Realschule oder der Hauptschule wären für die Beschulung eines behinderten Kindes bauliche Vorkehrungen vorzunehmen. Im Primarbereich wäre die Stadt nicht verpflichtet, jede Grundschule so einzurichten, dass jede Behinderung beschult werden könne. Es ist ein Schulsystem am Ort vorzuhalten, wo GU- oder körperbehinderte Schüler beschult werden können. Der Schulträger wird im nächsten Jahr eine Schule zu bestimmen haben, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Im Rahmen der Sekundarschule müssten die Richtlinien umgesetzt werden. Eltern haben ein Recht, ihr Kind dort beschulen zu lassen, wo sie es möchten.

AV Frau Wolf-Labrenz schlägt vor, zwei Mal im Jahr das Thema Inklusion auf die Tagesordnung des SKA zu nehmen. Dann könnte berichtet werden, wie viele Anmeldungen vorgenommen wurden und ob ggf. Probleme aufgetreten sind.

Herr Dimastrigiovanni bittet darum, die Punkte 1 und 2 seines Antrages zu beschließen.

AV Frau Wolf-Labrenz stellt den Antrag mit den Punkten 1 und 2 zur Abstimmung.

AM Frau Steinhauer beantragt für die FDP-Fraktion, dass die Verwaltung zwei Mal im Jahr über Inklusion berichtet.

AV Frau Wolf-Labrenz lässt zunächst über den Punkt 1 und 2 des Antrages abstimmen:

Die Verwaltung wird gebeten, in Zukunft folgende Daten zu erheben und in regelmäßigen Abständen dem Schulausschuss darüber zu berichten:

1. Schülerzahl sowie Zahl der An- und Abmeldungen an Förderschulen in Wetter wie der Oberlinschule, des Berufsbildungswerkes und des Werner-Richard-Berufkollegs,
2. Schülerzahl sowie Zahl der An- und Abmeldung von behinderten Schülerinnen und Schülern an den Regelschulen in Wetter.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Im Anschluss stellt AV Frau Wolf-Labrenz den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung:

Die Verwaltung berichtet zwei Mal im Jahr über Inklusion.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

SKA 5/11 - 7 - 18.10.2011

Beratung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2012 einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 – 2020

AV Frau Wolf-Laberenz erfragt, wie die Beratung erfolgen soll. Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, über den Haushaltsplanentwurf und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes gemeinsam zu beraten. Der Seitenreihenfolge des Haushaltsplanentwurfes soll gefolgt werden, um ggf. Fragen zu beantworten bzw. Ergänzungen oder Änderungen vorzunehmen.

Die Beratungen beginnen bei Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben.

Stellv. AM Herr Uebelgünn überreicht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Auflistung der zu klärenden Haushaltsansätze.

Seite 187, Produkt 03.00.00 Schulträgeraufgaben, Erläuterungen Nr. 2

Zum 2. Satz erfragt stellv. AM Herr Uebelgünn, nach welchem Schlüssel die Schulpauschale auf alle Schulformen verteilt wurde und ob ein Investitionsplan existiert. Er fragt, wie die Schulen diese Mittel verwalten.

FBL 2 Herr Dr. Thier erklärt, dass die Schulen diese Mittel nicht verwalten. Je nach Anforderung der Schulen hinsichtlich der Ausstattung werden die entsprechenden Mittel in den Haushalt gestellt. Ein Schlüssel besteht nicht, es wird bedarfsgerecht zugeordnet.

Stellv. AM Herr Uebelgünn bittet um eine Aufstellung für den investiven Bereich bis zum Hauptausschuss.

Ergänzend erläutert FBL 1 Herrn Wagener die rechnerische Verteilung und sagt zu, im Hauptausschuss die rechnerischen Erträge vorzulegen.

Seite 187, Produkt 03.00.00 Schulträgeraufgaben

Stellv. AM Herr Uebelgünn stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, dass alle Investitionen im Schulbereich für die Schaffung der Barrierefreiheit eingesetzt werden.

Seitens der Verwaltung wird verdeutlicht, dass die Herstellung der Barrierefreiheit ein Grundprinzip bei Investitionen sei sei.

Nach weiterer Beratung im Ausschuss zieht stellv. AM Herr Uebelgünn seinen Antrag zurück.

Desweiteren beantragt stellv. AM Herr Uebelgünn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass jedes Jahr Mittel für barrierefreie Investitionen in den Haushalt gestellt werden. Die Verwaltung wäre aufgefordert, eine Aktivitätenliste zu erstellen. Im Rahmen der Diskussion im Ausschuss weist Bürgermeister Herr Hasenberg darauf hin, dass ein Pauschalbetrag nicht sinnvoll sei. Hier sollten ggf. konkrete Maßnahmen mit notwendigen Mitteln formuliert werden.

Stellv. AM Herr Uebelgünn zieht seinen Antrag zurück und wird im Hauptausschuss einen neuen konkretisierten Antrag stellen.

Seite 188, Produkt 03.00.00 Schulträgeraufgaben

Zu den aktivierten Eigenleistungen erfragt stellv. AM Herr Uebelgünn die unterschiedlichen Summen in den jährlichen Haushaltsansätzen. FBL 1 Herr Wagener wird bis zum Hauptausschuss die Abweichungen erläutern.

Seite 191, Produkt 03.01.01, Katholische Grundschule, Erläuterungen Nr. 13

Die Frage von AM Frau Steinhauer zum Einbau der Schallschutzdecke beantwortet FBL 2 Herr Dr. Thier dahingehend, dass durch diese Maßnahme der Lärmpegel gesenkt werden soll.

Seite 191, Produkt 03.01.01, Katholische Grundschule, Personalstellen in Vollzeitäquivalente
Hierzu erkundigt sich stellv. AM Herr Uebelgünn nach dem Personaleinsatz. FBL 1 Herr Wagener berichtet, dass sich der Einsatz des Personals an der Schulgröße und den jeweiligen Aufgaben orientiert, damit also einzelfallabhängig sei. Zu beachten sei, dass die Hausmeister unterschiedliche Aufgabenbereiche haben.

Seite 201, Produkt 03.01.03, Gemeinschaftsgrundschule Grundschöttel, Erläuterung Nr. 13
AM Frau Müller fragt, ob ein Schaden wie die im letzten Winter zerstörte Sonnenschutzanlage an der Südfassade versichert werden könnte. Dies könnte nach Auskunft von FBL 2 Herr Dr. Thier möglich sein, müsste aber geprüft werden, zu welchen Versicherungskonditionen.

Seite 207, Produkt 03.01.04, Gemeinschaftsgrundschule Volmarstein, Zeile 13
Stellv. AM Herr Uebelgünn bittet um getrennte Auflistung der Energiesparmaßnahmen und der Bauunterhaltung.

Seite 211, Produkt 03.01.05, Gemeinschaftsgrundschule Esborn, Erläuterung Nr. 13
Die Sanierung der WC-Anlagen sind auf das Haushaltsjahr 2015 verschoben worden. Stellv. AM Herr Uebelgünn stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, diese Investitionen wieder zurück auf die Haushaltsjahre 2012 und 2013 zu schieben. Nach Beratung lässt AV Frau Wolf-Labrenz über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
3 dafür
11 dagegen
0 Enthaltungen

AM Herr Beckmann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Seite 215, Produkt 03.01.05, Gemeinschaftsgrundschule Esborn, Invest.Maßn. 25:
Die Frage von stellv. AM Herrn Uebelgünn, wo der Anbau errichtet werden soll, wird im Hauptausschuss beantwortet.

Seite 216, Produkt 03.01.06, Gemeinschaftsgrundschule Wengern, Invest.Maßn. 26
AM Herr Zinn erfragt, welche Arbeiten noch ausstehen und wann die Maßnahme abgeschlossen sein wird. Bürgermeister Herr Hasenberg verweist auf den Hauptausschuss, in dem FBL 4 die Einzelmaßnahmen darstellen wird. AM Frau Müller fragt, wie die Elektrosanierung vonstatten geht. FBL 2 Herr Dr. Thier erklärt, dass die Sanierung geschossweise durchgeführt werden soll, gleichzeitig werden auch notwendige Leitungen für die Computernutzung gezogen.

Seite 220 Produkt 03.01.06, Gemeinschaftsgrundschule Wengern, Invest. 26
Stellv. AM Herr Uebelgünn bittet um Erläuterung zu den Investitionszuwendungen, ob für die Jahre 2013 bis 2015 Beträge vorgesehen seien. Laut Auskunft von FBL 1 Herrn Wagener ist die Maßnahme 2012 abgeschlossen.

Seite 221 Produkt 03.01.07, Gemeinschaftsgrundschule Schmandbruch, Erläuterung Nr. 26
Zu den Investitionen bittet AM Frau Steinhauer um detaillierte Aufstellung. Die Verwaltung teilt mit, dass Schülertische, Lehrertisch, Lehrerstühle und ein Bildertrocknungswagen angeschafft werden sollen.

Seite 226 Produkt 03.01.08, Hauptschule

Stellv. AM Herr Uebelgünn stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, die Investitionen in der Hauptschule auszusetzen, bis die Gebäudenutzung geklärt sei. Es sollten keine energetischen Maßnahmen durchgeführt werden.

Bürgermeister Herr Hasenberg erläutert, dass das Gebäude noch gebraucht würde und substanzerhaltende Maßnahmen notwendig seien.

Nach eingehender Beratung lässt AV Frau Wolf-Laberenz über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2 dafür
12 dagegen
1 Enthaltungen

Seite 231 Produkt 03.01.09, Realschule

Es wird von stellv. AM Herr Uebelgünn vorgeschlagen, schon für das Jahr 2012 Mittel für den Einbau eines Fahrstuhles bereitzustellen, damit bei der möglichen zukünftigen Nutzung als Sekundarschule die Barrierefreiheit gewährleistet sei.

Hierzu gibt FBL 2 Herr Dr. Thier zu Bedenken, dass die Baumaßnahmen bei der Einrichtung einer Sekundarschule zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststünden. Es gäbe mehrere problematische Stellen am Gebäude. Es sollte abgewartet werden, bis die Planungen für die Sekundarschule konkret seien.

AM Frau Müller bittet darum, den Anbau einer Nottreppe nicht erst in 2014 zu tätigen.

FBL 2 Herr Dr. Thier erklärt, dass insgesamt ein neues Konzept mit Sicherheitsaspekten erstellt werden müsste.

Stellv. AM Herr Uebelgünn bezweifelt, dass die Zeit ausreichend sei, um das Gebäude für die Nutzung der Sekundarschule herzurichten.

Seite 236 Produkt 03.01.10 Gymnasium, Erläuterung Nr. 26

Zu den Anschaffungen in 2012 bittet stellv. AM Herr Uebelgünn um die Einzelbeträge für die Anschaffung der interaktiven Schultafeln und der Teeküche. Hierzu ergänzt die Verwaltung, dass 4 Smartboards mit einer Gesamtsumme von 18.000 Euro und 1 Teeküche mit einer Gesamtsumme von 2.500 Euro eingeplant seien.

AM Frau Müller fragt, ob die Kreidetafeln bei Installation der Smartboards verbleiben oder abmontiert würden. FBL 2 Herr Dr. Thier teilt mit, dass der Kreidestaub unverträglich mit den empfindlichen Smartboards sei und deshalb die Kreidetafeln entfernt werden müssen.

AM Herr Zinn fragt nach der Anschaffung der Schließfächer und der Ausstattung des Selbstlernzentrums, die bei der Begehung des Gymnasiums durch Schüler gefordert waren.

Bezüglich der Schließfächer ist die Verwaltung im Gespräch, das Selbstlernzentrum erhält noch in diesem Jahr Computer.

Zu Erläuterung Nr. 13 fragt AM Frau Müller, welche Klassenräume betroffen seien. Und welche Brandschutzmaßnahmen, veranschlagt mit 50.000 Euro, erfolgen sollen. FBL 2 Herr Dr. Thier antwortet, dass die Sanierung aus dem Wasserschaden herrühre. Es sei festgestellt worden, dass Hohlräume brandschutztechnisch geschlossen werden müssen.

Frau Maciejewski fragt nach den gewünschten Sitzgelegenheiten im Foyer. FBL 2 Herr Dr. Thier erklärt, dass die Aufstellung im Foyer mit der Feuerwehr abgestimmt werden muss, da sie im Bereich der Fluchtwege gewünscht wären.

Seite 253 Produkt 03.01.13, Berufskolleg

AM Frau Steinhauer bittet um Auskunft, welche Investitionszuwendungen mit 86.666 Euro dargestellt sind. FBL 1 Herr Wagener berichtet, dass dies die Anteile Dritter aus dem Konjunkturpaket seien.

Seite 273 Produkt 04.03.02 Musikschule, Erläuterung Nr. 15

Zu der Kürzung des Zuschusses für Sachaufwendungen an die Lichtburg erbittet stellv. AM Herr Uebelgünn eine Erläuterung. FBL 2 Herr Dr. Thier antwortet, dass die Musikschule durch Kostenbeiträge die Einnahmen steigern wird, was auch eine Forderung aus dem GPA-Bericht sei.

Seite 279 Produkt 04.03.03 Medien und Information

Stellv. AM Uebelgünn fragt nach der unterschiedlichen Darstellung im Haushalt und im Hasiko zu den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten.

Hier handelt es sich laut FBL 1 Herrn Wagener um einen Übertragungsfehler, der angepasst wird.

Seite 283 Produkt Archiv

Stellv. AM Herr Uebelgünn fragt, warum das Archiv keine Miete an das Gymnasium zahle.

FBL 1 Herr Wagener teilt mit, dass schrittweise eine bedarfsorientierte Umstellung im Gebäudebereich erfolgen wird.

Nach Abschluss der Beratung lässt AV Frau Wolf-Laberenz über den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2020 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

AM Herr Schäfer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

SKA 5/11 - 8 - 18.10.2011

Mitteilungen

Die Verwaltung fügt einen Bericht zur Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes der Niederschrift bei (siehe Anlage).

Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

Zum 01.10.2011 wurde im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes eine Schulsozialarbeiterstelle mit 29 Wochenstunden eingerichtet.

Die Stelle wurde mit einer internen Bewerberin besetzt. Der Einsatz erfolgt in der Städt. Realschule sowie in der Grundschule Alt-Wetter.

Die Schulsozialarbeiterstelle ist dem Fachdienst Jugend zugeordnet.

Die Hauptaufgabe ist die Förderung der individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung, insbesondere für den Personenkreis der bildungs- und teilhabeberechtigten Kinder und Jugendlichen.

Die Mittel für die Schulsozialarbeit sind Bundesmittel. Eine Finanzierung ist bis Ende 2013 gesichert.

Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat die entsprechenden Mittel für die Jahre 2011 bis 2013 in den Kreishaushalt eingeplant. Insgesamt können hierdurch rd. 12 Vollzeitstellen für Schulsozialarbeiter im EN-Kreis gefördert werden.

Nach einem prozentualen Verteilungsschlüssel wurden die verfügbaren Haushaltsmittel auf die Kommunen im EN-Kreis aufgeteilt.

Für die Stadt Wetter (Ruhr) stehen folgende Fördermittel zur Verfügung:

Für 2011 = rd. 33.000,00 €, für 2012 und 2013 jeweils rd. 37.000,00 €.

Ein Anteil des Budgets von 2012 und 2013 wird für die Förderschule in Herdecke zur Verfügung gestellt, da dort Wetteraner Kinder beschult werden und dort ebenfalls Schulsozialarbeit anteilmäßig durchgeführt werden soll.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Frau Lensing bittet zum Thema Inklusion um nähere Auskunft hinsichtlich der Auswahl der Schule und welche Behinderungen berücksichtigt würden. Desweiteren bittet sie um die Angabe der Auswahlkriterien. Sie fragt, ob pädagogische Konzepte dabei beachtet würden. FBL 2 Herr Dr. Thier bestätigt, dass diese Punkte bedacht und in Zusammenarbeit mit dem Schulamt diskutiert würden.

Frau Akbulut bittet um Beantwortung ihrer E-Mail-Anfrage zum Thema Fremdsprachenfolge in der Sekundarschule.

FBL 2 Herr Dr. Thier erläutert, dass ein Kind das Gymnasium nicht freiwillig verlassen würde, sondern die Leistungen dem Besuch entgegenstünden. Ein längeres Verbleiben in der Sekundarstufe wäre die Folge. Das Erfordernis der 2. Fremdsprache könnte in der Sekundarstufe erfüllt werden.

AM Herr Zinn fragt in Bezug auf die Elterninformationsabende zur Einrichtung der Sekundarschule, wie die Firmen sich nun einbringen könnten, da Firmen Interesse an der Zusammenarbeit haben.

FBL 2 Herr Dr. Thier bittet darum, direkt mit der Schulverwaltung Kontakt aufzunehmen, damit auch dem Gründungskollegium die entsprechenden Informationen übermittelt werden könnten.

AM Frau Müller macht darauf aufmerksam, dass die Buslinie 593 am Geschwister-Scholl-Gymnasium nach der 8. Stunde 5 Minuten vor Unterrichtsende abfährt, so dass die Schüler 50 Minuten warten müssten, bis der nächste Bus käme.

Die Verwaltung sagt zu, mit dem BVR diesbezüglich Kontakt aufzunehmen.

Herr Wemper reflektiert die Elterninformationsabende zur Sekundarschule, die im Nachgang betrachtet nicht so effektiv für die Eltern gelaufen wären. Insbesondere zur Lehrerausstattung besteht noch Aufklärungsbedarf.

FBL 2 Herr Dr. Thier legt dar, dass Klassenlehrerteams mit zwei Lehrern gebildet werden sollen. Wobei der Unterricht nur durch jeweils einen Lehrer erfolge. Durch die geringere Wochenarbeitszeit und dem 20%igen Lehrerstellenzuschlag sei mit einer guten Lehrerstundenausstattung in der Sekundarschule zu rechnen. Es erfolge aber kein Tandemunterricht.